

Geschäftsstelle und Redaktion: Dresden - A. 16, Hofmeisterstraße 46

Verleger: Hermann Beyer, Dresden - A. 16, Hofmeisterstraße 46

Sächsische Volkszeitung

Wegzugspreis: Vierteljährlich in der Geschäftsstelle oder von der Post abgeholt Ausgabe A 4.05 M., Ausgabe B 3.75 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus Ausgabe A 4.05 M., Ausgabe B 3.75 M. - Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachmittags. - Sprechstunde der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vormittags.

Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. - Preis für die Zeitungszeile 50 J. im Restateteil 1 M. Familien-Anzeigen 40 J. - Für in drucklich geschriebene, sowie durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen gelten die Verantwortlichkeiten für die Richtigkeit des Textes nicht übernommen.

Die Untersuchung über die Friedensmöglichkeiten

Berlin, 21. Oktober. Im Sitzungssaal des Reichstagsgebäudes trat heute vormittag der zweite Untersuchungsausschuss des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu seiner ersten öffentlichen Sitzung zusammen. Der Untersuchungsausschuss besteht aus dem Abg. Warmuth (D.N.) als Vorsitzenden, Joost (Zentrum) als Schriftführer und Dr. Singheim als Referenten, Dr. Cohn (Unabh. Soz.), Frau Pfütz und Dr. Schilling (Dem.). Am Vorsitzende haben weiter noch Platz genommen Dr. Spahn (Zentr.) und Dr. Duard (Soz.) Erklärungen waren u. a. der frühere Reichskanzler v. Bethmann Hollweg, Bismarck a. D. Helfferich und Reichskanzler a. D. Graf Bernstorff, sowie zahlreiche Abgeordnete aller Parteien. Als Sachverständige waren erschienen: Professor Bonn-Mündler, Prof. Dr. Böhm und Prof. Detrich Schäfer.

10 Uhr 15 Minuten eröffnete der Vorsitzende, der deutsch-nationale Abg. Warmuth, die Sitzung mit der Erklärung, daß der Ausschuss die Aufgabe habe, tatsächliche Möglichkeiten zu Friedensbedingungen mit dem Feinde aufzuklären, ebenso die Gründe, die solche Möglichkeiten oder bedingende Klänge und Beschlüsse deutschseits zum Scheitern gebracht haben. Der Untersuchungsausschuss solle nur Tatsachen fest, gebe aber kein Schuldurteil ab. Ein Urteil zu fällen, sofern sich das Material vielleicht gegen eine bestimmte Verantwortlichkeit verdichte, habe, werde Sache des Staatsgerichtshofes sein, wenn nämlich das Gesetz, welches die Bildung eines solchen Gerichtshofes vorsieht, auch nach dieser Richtung ausgebaut werde. Die Presse habe es stets im Gerichtsverfahren als Ehrenfache betrachtet, bis zum Urteil Zurückhaltung zu üben, und er biete daher, zunächst auch hier mit dem Urteil zurückzubleiben. Für die nächsten Verhandlungen ist Graf Bernstorff für heute als Zeuge geladen.

Nach der Entscheidung der drei Sachverständigen erstattete der Abgeordnete Singheim sein Referat über die sogenannte Friedensaktion Wilsons. Das Referat bezog sich lediglich auf die Akten des Auswärtigen Amtes. Die Akten des Admiralsstabes, des Generalstabes und des Kriegsministeriums sollen später herangezogen werden. Zur Einteilung des Stoffes ergibt sich eine Gliederung in vier Perioden: vom Ausbruch des Weltkrieges bis zur Zusammenkunft in der Schweiz, daß der Unterseebootskrieg sich auf den Kreuzerkrieg beschränken solle und daß die Blockade aufgehoben werden müsse. Diese Note wurde am 1. Mai 1916 an Wilson gerichtet. Die zweite Periode reicht von da bis zum deutschen Friedensangebot vom 12. Dezember 1916. Die dritte bis zum 9. Januar 1917, dem Tage des Ausschusses zur Eröffnung des rüstungslosen Unterseebootskrieges, die letzte bis zum 31. Januar 1917, an dem eine Note übergeben wurde, auf die der Abbruch der Beziehungen Amerikas mit uns erfolgte.

In der ersten Periode kann nach den Akten von einer eigentlichen Friedensaktion nicht die Rede sein, nur theoretische Erörterungen zwischen dem Kaiser und Gerard und der Regierung fanden statt. Graf Bernstorff teilte mit, Wilson interessiere sich für den Frieden. Ueber diese Besprechungen finden sich nur zwei Aufzeichnungen in den Akten, die aber keine bestimmte Friedensaktion erkennen lassen. Die zweite Periode ist weit wichtiger. Es erfolgte inzwischen an den Grafen Bernstorff ganz bestimmte Instruktionen, in denen der Vorkämpfer angewiesen wurde, einen Friedensappell Wilsons herbeizuführen. Die Hauptinstruktion geht auf eine Unterredung mit dem Kaiser zurück, welcher besonders den Wunsch hegte, Präsident Wilson möge diesen Friedensappell an die Kriegführenden richten. Es sollte auch an den König von Spanien und andere neutrale Herrscher appelliert werden. Graf Bernstorff hat seinerseits über die Friedensmöglichkeit berichtet und darauf hingewiesen, daß der Präsident Wilson bereit sei, den Frieden zu vermitteln. Leider wurde im gegebenen Moment die Meinung zu unserem Ungunsten wieder beeinflusst, so durch die Frage der belgischen Deportationen und des Unterseebootskrieges.

Am 18. Oktober hatte Herr v. Bethmann Hollweg im Großen Hauptquartier zu Pless mit Graf Bernstorff eine Unterredung, um die Grundlagen für das Friedensangebot zu finden. Diese Vorbereitungen führten zu dem Friedensangebot. Anfang Dezember wurde dem Grafen Bernstorff mitgeteilt, daß eine solche Friedensaktion nahe bevorstände. Er möge darauf sehen, daß Wil-

son bald die Friedensaktion übernehme. Darauf kam der Brief vom Grafen Bernstorff, daß ein Schritt Wilsons in dieser Hinsicht spätestens für Neujaahr in Aussicht stehe. Das Wesentliche in dem Vermittlungsangebot Wilsons war die Bitte, die konkreten Friedensbedingungen mitzuteilen. Die Antwort des Staatssekretärs Zimmermann enthielt inoffiziell keine Andeutungen darüber. Gleichzeitig hat während der dritten Periode eine neutrale Macht, die der Referent in öffentlicher Sitzung nicht nennen wollte, mitgeteilt, daß ein Friedensappell Wilsons in Aussicht stehe, der äußerst ernst zu nehmen sei. Auch die Gegenseite werde darauf eingehen, wenn offenbar klar die Erklärung abgegeben werde, daß der Status quo wiederhergestellt und Belgien eine Wiedererlangung des Schiedens erhalten werde. Diese Erklärung Wilsons war bereits am 18. Dezember in Berlin bekannt. Am 26. erfolgte die Antwort des Staatssekretärs Zimmermann, die dahin ging, daß er auf die Forderung, konkrete Friedensbedingungen abzugeben, nicht eingehe. In der folgenden Zeit machte Graf Bernstorff den Versuch, wenigstens vertraulich die Friedensbedingungen der Reichsregierung nach Washington zu erhalten. Staatssekretär Zimmermann gab auf diese Anregung keine Antwort und hat am 7. Januar den Grafen Bernstorff, die Frage der vertraulichen Mitteilung der Friedensbedingungen dilatorisch zu behandeln. Darauf kam am 19. Januar der uneingeschränkte Unterseebootskrieg.

Graf Bernstorff warnte, der Unterseebootskrieg werde den Bruch mit Amerika bedeuten. Am 26. Januar telegraphierte Bernstorff, daß Wilson von neuem die Friedensvermittlung angeboten habe. Darauf fand eine Reihe Bethmanns nach dem Hauptquartier statt. Das Ergebnis war, daß Bethmann an Bernstorff telegraphierte, es sei zu spät, die Beschlüsse an die Unterseebootskriegsfronten nicht zurückkommen zu lassen. Am 28. Januar wurden dem Grafen Bernstorff vertraulich die deutschen Friedensbedingungen mitgeteilt, aber mit dem Bemerkens, das seien die Bedingungen, unter denen Deutschland bereit gewesen wäre, am 12. Dezember Frieden zu schließen. Es bricht in dem Schreiben nicht, daß es die Bedingungen seien, unter denen der Kaiser bereit ist, Frieden zu schließen. In diese Antwort der Bitte Wilsons entsprach, ist nach der Aufstellung des Reichsgerichtshofes eine Frage, die weiterer Erörterung bedarf. Nach schwerwiegenden Meinungen sollte Wilson auch weiterhin den Frieden zu vermitteln und verlangte eine Erklärung, daß Deutschland die Anwendung des ungeschwächten Unterseebootskrieges auf Amerika nicht ins Auge fasse. Daraufhin wurde erwidert, daß die Durchführung des Unterseebootskrieges die allgemeine Anwendung verlange. Im März wurde der Krieg erklärt, nachdem das amerikanische Telegramm Zimmermanns bekannt wurde.

Die Vernehmung des Grafen Bernstorff Graf Bernstorff erklärte, Wilson habe sofort nach Ausbruch des Krieges eine erste Friedensvermittlung versucht. Im September hat er einen zweiten Versuch machen lassen, der dann scheiterte, daß der Verband gar nicht antwortete. Wilson hielt sich dann zurück. Im Winter 1914/15 war Oberst House in Paris, London und Berlin, erklärte aber nach seiner Mission, daß noch niemand zum Frieden bereit sei. Zum ersten Male habe Wilson mit Bernstorff nach der „Lusitania“-Angelegenheit über den Frieden gesprochen. Er erklärte, daß er auf die Aufhebung der englischen Blockade dringen würde, wenn Deutschland den Unterseebootskrieg aufhebe. Das war am 2. Januar 1915. Graf Bernstorff schilderte dann eingehend die Verhandlungen wegen des „Lusitania“-Falles, welche schließlich bis an den Rand des Krieges geführt hätten. Da Wilson verlangte, daß wir die Versenkung dieses Schiffes als ungesetzlich anerkennen sollten. Dieses Wort wurde aber von uns unbedingt abgelehnt, so daß Wilson nicht nachgab. Er würde sich damit begnügen, wenn wir erklärten, daß solche Repressalien zentral und treffen könnten. Diese Erklärung war fertiggestellt und sollte ausgetauscht werden, als in Berlin der verdächtige Unterseebootskrieg erklärt wurde. Es wurde also nichts aus dieser Sitzung. Bald darauf wurde die „Susser“ torpediert. Jetzt ist eine entgegenseitige Einigung zustande. Der Unterseebootskrieg sollte nach den Grundlagen des Kreuzerrieges geführt werden.

Im Laufe des Winters war Oberst House zum zweitenmal nach Berlin gefahren, wo er im Januar 1916 weilte. Als er zurückkam, erklärte er dem Grafen Bernstorff, daß der Hauptwiderstand gegen

einen Frieden vorläufig noch in Paris zu finden war, daß aber in England und in Berlin eine gewisse Bereitschaft zum Frieden vorhanden gewesen sei. Wilson hoffte, wie Graf Bernstorff weiter ausführte, am Ende des Sommers 1916 die Friedensvermittlung bekannt machen zu können. Da aber trat November in den Krieg ein.

Demnach wurde im Hinblick die Instruktion versehen, die dem Vorkämpfer am 18. August mitgeteilt wurde und wonach die deutsche Regierung erklärte, daß sie gern bereit sei, eine Vermittlung des Präsidenten anzunehmen und daß eine entsprechende Tätigkeit des Präsidenten ermuntert werden sollte, daß wir uns aber noch nicht auf irgendwelche konkreten Friedensbedingungen verpflichten könnten.

Graf Bernstorff erklärte dazu, nach dieser Instruktion habe ihm Oberst House gesagt, daß eine Vermittlung Wilsons jetzt unmöglich sei und daher aufgegeben wäre, weil infolge des Eintritts November in den Krieg der Verband völlig festgefahren geworden wäre und Wilson daher eine föhliche Abweisung von Seiten Englands beibrächte. Ferner erklärte der Graf, daß ihm in diesem Zusammenhang ein Memorandum wichtig erscheine, das dem Kaiser am 12. Dezember 1916 mit dem Herrn Gerard nach Amerika mitgegeben werden sollte. Dieses Memorandum bezog sich auf den Unterseebootskrieg. In diesem Bericht heißt es: Wilson beauftragte den Obersten House, dem Grafen Bernstorff streng vertraulich zu sagen, daß er möglichst bald Friedensschritte tun will. Er mache aber nur eine Bedingung, daß in Deutschland möglichst wenig von der Friedensvermittlung gesprochen und angesprochen wird und daß in Deutschland alle Kontroversen vermieden würden, um eine vorzeitige Ablehnung des Schrittes durch unsere Feinde zu verhindern. Derselbe Gedankengang lebt fast wörtlich in einem Telegramm des Grafen Bernstorff vom 21. November wieder.

Graf Bernstorff erklärte dazu, daß er diese Instruktionen immer mit dem Obersten House besprochen und erwartet habe, daß die Friedensaktion im Laufe des Dezember erfolgen werde. Er habe bis zuletzt geglaubt, daß wir nicht wünschten, daß Wilson sich in die Verhandlungen um territoriale Fragen einmische, daß wir vielmehr einer zweiten Konferenz zustimmen, die zwischen sämtlichen Staaten der Welt stattfinden sollte und in der über Völkerbund, Freiheit der Meere, Schiedsgericht usw. verhandelt werden sollte, während territoriale Fragen unter den Kriegführenden allein geregelt werden sollten. Wilson habe niemals verstanden, was der Friedenskonferenz teilzunehmen. Er habe aber geglaubt, daß es nicht ohne ihn zu Friedensverhandlungen kommen würde.

Weiterhin fragte Abg. Stangenheim, ob das deutsche Friedensangebot vom 12. Dezember von der amerikanischen Regierung als Unterstützung oder als Gefährdung der amerikanischen Friedensaktion angesehen worden sei, worauf Graf Bernstorff erklärte: Es wurde als Gefährdung angesehen, das hat in Berlin Oberst House im Auftrage des Präsidenten gesagt, weil es als Schwäche unsererseits ausgelegt wurde. Graf Bernstorff erklärte ferner, daß er keine Zeit mehr hatte, in Berlin darauf aufmerksam zu machen, daß ein Friedensangebot unterdessen für die amerikanische Aktion sehr hinderlich empfunden würde. Die Amerikaner hätten immer auf dem Standpunkt gestanden, eine Friedensaktion könne nur in einem Augenblick gelingen, wo Deutschland fast ist. Infolgedessen habe er immer wieder versucht, seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß bei uns in Deutschland weder in der Presse noch von der Regierung irgendwie von Frieden gesprochen wurde, denn sonst würde immer eine Wilsonsche Friedensvermittlung gestört werden.

In dieser Auskunft des Grafen Bernstorff stellte der Abg. Stangenheim fest, daß man in Deutschland immer der Meinung gewesen sei, die deutschen Friedensangebote nicht ihrer Ausföhrung deutscher Feinde hätten bei den feindlichen Mächten abbrechen zu bewirken. In Amerika könne die Auffassung demnach anders gewesen zu sein. Graf Bernstorff erklärte auf weitere Verfragung, daß er den deutschen Friedensschritt zwar nicht als Durchkreuzung, aber doch als eine Erschwerung der amerikanischen Bemühungen bezeichnen müsse. Er habe den Eindruck gehabt, daß die amerikanische Regierung ziemlich enttäuscht war, weil ihr durch den deutschen Schritt vom 12. Dezember die Möglichkeit genommen wurde, ihrerseits den ersten Schritt zu tun. Oberst House habe ihm einmal gesagt, daß die Friedensaktion Wilsons dadurch gestört würde, daß bei dem Verbände die Auffassung bestände, daß wir das Fried-

den Angebot nicht getan haben würden, wenn wir den Frieden nicht so nötig brauchten.

Schließlich fasste der Referent Dr. Singheimer das Ergebnis der ersten Sitzung in die Fragen zusammen: 1. Gaben Sie die Instruktion in dem Sinne auf, daß Sie den Präsidenten Wilson oder Oberst Soule ermuntern oder beeinflussen sollten, eine Friedensaktion zu unseren Gunsten zu unternehmen? 2. War Wilson bereit, diesen Wünschen Rechnung zu tragen? 3. War innerhalb dieses Rahmens, der Ihnen gesteckt war, Wilson bereit, auf eine Friedenskonferenz mit internationaler Grundlage einzugehen, auch ohne konkrete Friedensvorschläge unsererseits? Graf Bernstorff beantwortete alle drei Fragen unter erneuter Bewegung mit Ja.

Daraufhin wurde die Bernehmung auf morgen vertagt.

Die Besetzungslasten im Rheinland

Stimmungsbild aus der Nationalversammlung von unserem parlamentarischen Vertreter

Stürme der Entrüstung und Empörung durchbrauchen die Nationalversammlung, als der Reichsfinanzminister Mayer gelegentlich der Vertretung seines Stats die zu seinem Arbeitsgebiet gehörenden Besetzungslasten im Rheinlande erörterte. Wir haben an dieser Stelle diese Dinge schon ausführlich erörtert, man kann sie aber nicht oft genug wiederholen.

Zum Unterhalt der Besetzungstruppen im Westen werden jährlich nicht weniger als 1,2 Milliarden aufzuwenden sein. An Entschädigungen für die Einwohner werden jährlich auch wieder mindestens 1 Milliarde zu vergüten sein. Für den Bau für Offiziers- und Offiziersfamilienwohnungen sind sofort 100 Millionen Mark und für die nächste Zukunft Aufwendungen bis zu 300 Millionen Mark erforderlich. Außerdem werden wir für die Unterbringung und Unterhaltung der „Hohen Kommission der Alliierten“ und der Ueberwachungsanstalten jährlich 60 Millionen Mark zu zahlen haben. So stellt sich die Unterhaltung der Besetzungstruppen heute schon auf mindestens 2 1/2 Milliarden jährlich. Unter der stürmischen, ja leidenschaftlich zu nennenden Zustimmung der Nationalversammlung bezeichnete Minister Mayer angesichts der wirtschaftlichen Lage Deutschlands diese ungeheure schwere Bürde als unerträglich. Man hat uns bisher alle unsere Bitten um Auskunft über die Besetzungsziffer abgeschlagen. Für den Unterhalt sind allein in den ersten Monaten 900 Millionen Mark angewandt worden. Die Requisitionen der Engländer und Amerikaner betragen bis jetzt 250 Millionen Mark, die der Franzosen 1/2 Milliarde, während die Summe der belgischen Requisition überhaupt noch nicht ermittelt ist. Die Entente hat die deutsche Regierung wissen lassen, daß zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse auf die Hilfsquellen des ganzen Reiches zurückgegriffen werden müsse. Man hat sogar mit der Evakuierung eines bestimmten Teiles der Bevölkerung gedroht.

Welche Anforderungen die Ueberwachungskommissionen der Entente fordern, geht aus nachstehenden Mitteilungen hervor: Allein in Berlin werden zwei solcher Kommissionen, und zwar eine für die Armee und eine für die Luftstreitkräfte untergebracht. Sie werden aus nicht weniger wie 500 Offiziere, 750 Unteroffiziere und Mannschaften und 200 Automobilen bestehen. Zwei der größten und vornehmsten Hotels Berlins, und zwar der Kaiserhof und das Edenhotel, müssen allein für die Offiziere zur Verfügung gestellt werden, während zwei kleinere Hotels, und zwar Carlton und Saronia, sowie die militärtechnische Akademie für die Geschäftsräume bereitgestellt werden müssen. Dabei werden auch noch in München, Frankfurt, Dresden usw. solche Bewachungskommissionen untergebracht. Deutscher-

seits stehen diesem Riesenaufgebot der Entente nur — sechs deutsche Offiziere gegenüber! — Die deutsche Regierung hat Einspruch gegen eine derartige Ueberflutung von Ueberwachungsbeamten Einspruch eingelegt und die Nationalversammlung hat sich diesem Einspruch angeschlossen. Der Schatzminister Mayer sand den stärksten Widerhall im Hause, als er die Forderung auf einen Abbau einer derartigen gewaltigen Last stellte. Wenn wir diese Dinge erörtern, ist es eine Ehrenpflicht, daß wir der rheinischen Bevölkerung, die eine Hauptlast dabei zu tragen hat, ganz besonders gedenken. Es ist auch eine Ehrenpflicht des ganzen Reiches, dafür zu sorgen, daß die Opfer, deren Wucht das Rheinland in erster Linie ausgeht, nach Möglichkeit erleichtert werden.

Zur Klage Erzbergers gegen die „Deutsche Zeitung“

wird uns von einem hervorragenden Mitglied der Zentrumspartei folgendes geschrieben:

In der „Deutschen Zeitung“ ist dem Reichsfinanzminister der Vorwurf der Lüge gemacht worden. Der Zusammenhang war der: Vor Monaten ist in Berlin der französische Staatsangehörige Mannheim gelötet worden. Frankreich verlangte als Genugtuung eine Buße von 1 Million in Gold. Von Seiten der Regierung ist seinerzeit die Erklärung abgegeben worden, daß aus privater Hand diese Million gestiftet worden sei. Die Deutschnationalen beruhigten sich damit nicht, sondern stellten eine förmliche Anfrage an die Reichsregierung. Die Antwort darauf erhielt die Erklärung, daß im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten durch den Außenminister Müller bereits Mitteilung über die Vorgänge gemacht worden sei. Eine öffentliche Verapredung erschieine der Regierung nicht angezeigt. Die „Deutsche Zeitung“ glaubte nun aus einer Mitteilung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ zu dürfen, daß die Regierung selbst das Geld bezahlt hätte. So erhob sie den Vorwurf der Lüge gegen Erzberger als Lügner. Daraufhin ist die Ausgabe der „Deutschen Zeitung“, die diese Mitteilung enthielt, soweit sie noch erreichbar war, durch die Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden. In diesen Vorgang knüpft nun die „Deutsche Zeitung“ allerhand Abhandeln. Sie meint, dieser Vorgang hätte etwas mit der Abschaffung der Geheimdiplomatie zu tun. Sie übersieht dabei, daß nach dem bestehenden Recht Druckschriften, die Strafbares enthalten, sowohl einer vorläufigen wie einer endgültigen Beschlagnahme durch die Staatsanwaltschaft unterliegen.

Der Reichsfinanzminister hat aber auch gegen die Herausgeber einer Flugchrift, die in München dieser Tage erschienen ist, Strafantrag gestellt. Sie trägt den Titel: Mathias Erzberger, ein Lebensbild in Wort und Bild. Als Verfasser bekennen sich ein gewisser Christian und ein Peter. Vielleicht handelt es sich hier um Pseudonyme.

Man kann nach den Gründen fragen, weshalb Erzberger sich seit langem die wütendsten Angriffe auf seine Person und seine persönliche Ehre ohne weiteres gefallen ließ. Vielleicht war er der Meinung, daß es dem Volk nichts nützt, wenn politische Prozesse fortgesetzt geführt werden, ohne daß man dabei politische Gewinne zu erzielen vermöge. Natürlich wird jetzt der Prozeß, den er gegen den früheren Vizekanzler Dr. Helfferich führt, immer wieder in der politischen Erörterung erscheinen. Er geht den durch die Gesetze bestimmten Weg. Bei ihm wie bei den anderen beiden genannten Prozessen handelt es sich lediglich um Vorwürfe, die dem Reichsfinanzminister Erzberger rein persönlich gegolten haben. Es war in diesen Tagen in einer deutschnationalen Wochenchrift zu lesen, daß die Zentrumsfraktion schon in Weimar Herrn Erzberger das fater-

gorische Ultimatum hätte stellen müssen: Entweder du reinigst dich durch eine sofortige Klage oder du fliegst. Der Verfasser kennt offensichtlich die inneren Zusammenhänge nicht, sonst könnte er niemals so sich äußern. Aber das Wesentliche, daß Herr Erzberger endlich gegen die Belästiger von allen Seiten energisch vorgeht, wird jeder Parteifreund im Interesse der gesamten Partei begrüßen. Nicht geringer ist übrigens auch das Interesse, das die Reichsregierung selbst an einwandfreier gerichtlicher Darstellung solcher Vorgänge haben muß.

Das Befinden Erzbergers

Berlin, 20. Oktober. Die Besserung im Befinden des Abgeordneten Erzberger hält erfreulicherweise an. Er muß zwar noch das Bett hüten, da er noch schonungsbedürftig ist. Der Arzt hofft aber, daß in etwa acht Tagen der Gesundheitszustand sich soweit gehoben hat, daß er das Bett verlassen kann. Während der Dauer der Krankheit des Abgeordneten Erzberger werden die Geschäfte der Fraktion von dem stellvertretenden Vorsitzenden, Abgeordneten Trimborn, geführt.

Das Reichsnotopfer

Der achte Ausschuss der Nationalversammlung trat Montag in die zweite Lesung des Gesetzesentwurfs über das Reichsnotopfer ein. Von der deutschnationalen Partei war ein Antrag Dr. Dietrich gestellt worden, daß an Stelle des Reichsnotopfers eine Abgabe in gleicher Höhe, jedoch in folgender Form erhoben werden soll: ein Drittel als einmalige Vermögenssteuer und zwei Drittel als Anleihe. Der Reichsfinanzminister ersuchte um Ablehnung dieses Antrages. Von einem Abgeordneten der sozialdemokratischen und der Zentrumspartei wurde die Erklärung abgegeben, daß sie auf dem Boden der in erster Lesung abgeänderten Regierungsvorlage ständen und an einer Debatte über diese Frage sich nicht beteiligen wollten. Von demokratischer Seite wurde betont, daß die demokratische Partei sich die Stellungnahme zu einem Antrag, den Dr. Nieber (D. Bp.) eingebracht hatte, vorbehalten, im übrigen aber erklärt, daß sie grundsätzlich auf dem Boden der Regierungsvorlage verbleiben wolle.

Berlin, 21. Oktober. Im Ausschuss der Nationalversammlung für Reichsnotopfer wurde heute nach eingehenden Darlegungen des Reichsbankpräsidenten die Abgabefreiheit der Reichsbank, die in 1. Lesung aufgehoben worden war, im Sinne der ursprünglichen Regierungsvorlage wieder hergestellt. Außerdem wurden auf Anregung des Reichsbankpräsidenten die Reichsdarlehnskassen in die Abgabefreiheit einbezogen. Hinsichtlich der Sparkassen wurde ein Antrag Nieber angenommen, wonach die Abgabefreiheit nur für solche gelten soll, die sich auf die eigentliche Pflege des Sparverkehrs beschränken.

Entsendung deutscher Vertreter zur Konferenz nach Washington

Berlin, 21. Oktober. Wegen der Entsendung deutscher und österreichischer Vertreter zu der bevorstehenden Arbeiterkonferenz in Washington haben sowohl von Regierungsseite wie von Gewerkschaftsverbänden weitere Verhandlungen stattgefunden. Nach dem Ergebnis dieser Verhandlungen erscheint es anzunehmen, von der bisherigen ablehnenden Haltung gegenüber der Frage der Beschickung der Konferenz durch deutsche Vertreter abzusehen. Dem deutschen Gewerkschaftsverband ist durch neutrale Vermittlung die Erklärung zugegangen, daß der Oberste Rat der alliierten und assoziierten Regierungen die Zulassung der deutschen und österreichischen Vertreter als vollberechtigte Mitglieder zu der Konferenz empfohlen hat, so daß auf diese Zulassung zu der ersten Sitzung der Konferenz mit Sicherheit zu

Weimar und Berlin

Morgeneindrücke

Von Dr. Herschel, M. d. N.-B.

Ein größerer Gegensatz ist nicht gut denkbar als der zwischen dem ersten und dem zweiten Saale der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung. Bis hier konnten sich die parlamentarischen Talente in der Stille der Kleinstadt bilden. Jetzt müssen es die Charaktere im Strom der großen Welt. Umringt uns in Weimar der milde Hauch klassischer Vergangenheit, so stehen wir in Berlin in der schneidenden Luft politischer, wirtschaftlicher, sozialer Gegenwartskämpfe. Solche gab es freilich auch dort, im Hohen Hause wie in der Stadt. Aber der „genius loci“ nahm ihnen viel von ihrer Schärfe. Hier ist er ganz anders. In der Alm war der erste Eindruck trotz aller Unpäßlichkeit doch der der Ruhe und des etwas spießbürgerlichen Behagens. Da wirkten an der Spree andere Zeichen auf uns ein: Hoch- und Untergrundbahn, ethische Forderungen der Hellener, Metallarbeiterstreik, aufgelöste Menschenversammlungen mit Unruhen und Blutvergießen.

Heute morgen kam mir der ganze Unterschied zwischen Einsitz und Zehst so recht zum Bewußtsein.

Wie war das Erwachen in Weimar so schön. Reiner Schlaf umfingte einen gelind in der Stadt Goethe's. Tiefe Stille herrschte um die hochgelegene freistehende Villa, die mich sieben Monate gastlich aufnahm. Gegen 7 Uhr wurde man geweckt. Die Baden flogen auf und das Zimmer war voll Sonne. Vor dem entzückten Auge lag Weimar im Morgenlicht. Nur wenige Türme ragten daraus hervor wie seltene Ausruhmzeichen aus guter Poesie und Prosa. Zur Linken der neue und der alte Friedhof, wo in Büschen über Gräbern die Nachtigall schluchzt. Dort ruhen die Dichtersürsten neben ihrem wohlgenährten Herzog Karl August. Golden funkeln daneben die fünf Kuppeln der griechischen Kapelle. Dort schläft fern von der russischen Heimat die Kaiserstochter Maria Pawlowna. Hinter all dem Grün blaut ein langer Hügelrücken, der Etersberg. Dort harrt in hochstämmigem Buchenwald wie

Tornadosen Schloss Etersburg des Erveders aus tiefem Schlummer. Morgentau blüht überall in der Sonne:

„Der junge Tag erhob sich mit Entzücken,
Und alles war erquickt, mich zu beglücken.“

Wie anders ist das Erwachen heute. Ich bewohne ein Zimmerchen im vierten Stock im düsternen Berlin, wo Zentrum und Norden zusammenstoßen. Ein dumpfer Schlag löst mich gegen 5,30 Uhr aus dem Schlafe aufschrecken. Der erste Wagen der Elektrizien legt mit Wucht über schlecht genietete Schienen. Alle halben Minuten folgt ein anderer. Fünf oder sechs Hauptlinien führten hier vorbei. Ein Donnergepolter. Im Schlummer ist natürlich nicht mehr zu denken. Man steht auf. Ein trüber Herbsttag graut ins Gemach. Unendlicher feiner Regen rieselt draußen herab. Ist das der Willkommen von Berlin? Eher doch das rechte Wetter zum Abschiednehmen. Die Aussicht auf die Tüder jenseits der Straße zeigt einzelne gelbe Flecke auf wettergeschwärzten Plackwerk, neu eingeflickte Ziegeln. Nach rechts wird der Blick begrenzt durch die Türme und Mauern einer Klosterne. Burgartig ragt sie am Flusse empor mit Zinnen und Schießscharten. Ein gesüßgeltes, leider allzu gesüßgeltes Kaiserwort ward dereinst hier gesprochen. Links biegt die Straße ein. Nichts als Mietshäuser. Trostlose Oede. Nur drüben über Papp- und Ziegelbächen eine große Kuppel mit goldenen Keifen und goldenem Stern darauf. Sie wölbt sich nicht über dem Grabe einer Kaiserstochter, sondern über den Tempel der jüdischen Mitbürger. Immerhin. Sie ist eine Abwechslung in dem Häusergewirr. Auch ein Symbol? So ist Berlin-N., wie es uns an dem trüben Herbstmorgen mütterlich zu begrüßen scheint.

Wie schön war doch in Weimar der Morgengang zum Nationaltheater, wo die Geschichte des deutschen Volkes beraten wurden. Ueber die herrliche Belvedere-Allee, die ein Minister v. Goethe geschaffen hat, ging es in den tafrischen kühlen Park. Auf staubfreien, stets schattigen Wegen wandelte man vorbei am weißschimmernden Denkmal von Ditts, am stillen Hause der Charlotte v. Stein. Dann

quer über das holprige Pflaster des großen Platzes, den das grüne, rote und gelbe Palais umfassen. Dort ist der schönste Blick auf das Schloss. Dort steht das Reiterdenkmal eines alten Landesvaters, des Herzogs Karl August. Doch wir wandelten auch auf früheren geschichtlichen Erinnerungen. Im nahen Fürstenteller hat der neue Reichsvater, Friedrich „der Vorläufige“, am Tage der Thronbesteigung mit wenig Getreuen einen langen und fröhlichen Trunk getan. Erst Anfang Februar war das und schon spinnen Sang und Sage sich darum. Es ist nicht verbürgt, daß Seyper, Hermelin und Kron des neuen S. M. damals in allzu starkes Wanken geraten seien. Das Volk glaubt nur zu leicht, was seinen „Liedlingen“ nachgesagt wird. Nun ging es über den Markt. Im Renaissancehause da drüben lebte und malte Lucas Cranach. Das stille Haus des Dichters in der Schillerstraße schien uns in Deutschlands schwersten Tagen während der Friedensstimmung zuzurufen:

„Wenn etwas ist, gewaltiger als das Schicksal,
So ist's der Mensch, der's unerlöschter trägt.“

Da waren wir schon am Plage vor dem Nationaltheater. Ein gelbes Haus mit verhangenen Fenstern schielte hinüber. Das Wittumpalais. Hier versammelte die Herzogin Anna Amalia die feinsten Geister um den runden Lesetisch. Von hier aus drang der Ruf des stillen Weimar zum ersten Male in die weite Welt. Zum zweiten Male geschah es, als Deutschland eine neue Verfassung gegeben wurde. Wer wird unser Volk auf die Dauer mehr beeinflussen, die, die hier einst seine Wieder, oder die, die nunmehr seine Gesetze hier geschrieben haben? Die Zukunft allein kann und wird es lehren.

Wie anders ist doch der Weg von der Artilleriestraße zum Reichstagsgebäude. Da ist nichts von Poesie. Aber für den, der Augen hat zu sehen, und Ohren zu hören, ist er nicht ohne inneres Erlebnis.

Dicker Rauch wölgt sich gerade über die Straße, als ich aus dem Hause trete. Er kommt von einem nahen Großbetriebe her. Gut, daß er wieder oder noch im Be-

Wittwo
e ch n e
Friedens
Regierung
stimmun
entschlo
sen d e r
Beitrag
werden i
ständig
in Geme
dieser W
vorstrü
voranste
zu erwa
treter n
lungen i
Ber
menden
Meine
dem Wa
Kontin
führt tw
einzelne
Ber
Schlesw
ber der f
gen, d
aus S
lassen f
üben fö
antwort
ergri
Bürgel
lichen A
die ein
Artikel
finde
Be
vereins
teten, f
Prozeß
sind die
Fotograf
sind, sic
14 Mit
ligt zu
den wa
Die
die Bor
dreiter
reich ge
Republ
deutsche
Winder
werden
Märzge
Deutsche
des Ra
ber, den
über d
meinsch
Soziald
das sch
wissen,
triebe i
ebote, r
aller W
Presse.
jagen d
und un
Begen
Schlam
den Be
nigt di
Schmut
endlich
ästelt.
Lebens
stände
feiner
Dann
Selb
Besser
kehren
auf an
den S
die Bo
so stie
Anmu
Spruch
Erfind
er mü
den
nimmt
Mosk
Gallen
wie b
blind
bol u
Gande
gen zu
sie da

rechnen ist. Dies ist dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in Paris bestätigt worden. Die deutsche Regierung hat sich unter diesen Umständen in Uebereinstimmung mit der Auffassung des Gewerkschaftsverbandes entschlossen, Vertreter nach Washington zu entsenden. Außer zwei Regierungsvertretern und je einem Vertreter der Arbeiter und Arbeitgeber werden der deutschen Delegation eine Reihe Sachverständiger angeschlossen. Die Abreise wird voraussichtlich in Gemeinschaft mit den österreichischen Delegierten Ende dieser Woche erfolgen. Da der Beginn der Konferenz, der ursprünglich auf den 29. Oktober angesetzt worden war, voraussichtlich um einige Tage verschoben werden wird, steht zu erwarten, daß die deutschen und österreichischen Vertreter noch rechtzeitig zum Anfang der sachlichen Verhandlungen in Washington eintreffen werden.

Die Besetzung im Abstimmungsgebiete

Paris, 21. Oktober. Die Besetzung der zu räumenden Gebiete in Schlesien, Schleswig und Memel wird nach den Aufträgen, die der Oberste Rat dem Marschall Foch erteilt hat, überall von gemischten Kontingenten aller Verbündeten durchgeführt werden, doch wird das Kommando jeweils von einer einzelnen Macht ausgeübt werden.

Berlin, 21. Oktober. Bezüglich der Abstimmung in Schlesien, hat die deutsche Regierung am 20. September bei der französischen Regierung erneut darauf gedrungen, daß die deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen, die aus Schleswig stammen, unverzüglich entlassen werden, damit sie ihr Abstimmungsrecht ausüben können. Die französische Regierung hat hierauf geantwortet, daß sie diesbezügliche Maßnahmen bereits ergriffen habe und daß mehrere tausend Kriegs- und Zivilgefangene heimgeschickt worden seien. Die diesbezüglichen Anträge würden in jedem Falle sofort erledigt und die einzelnen würden entlassen, sobald es feststehe, daß Artikel 109 des Friedensvertrages auf sie Anwendung finde.

Die Ermordung der 21 katholischen Gesellenvereinsmitglieder in München

Wegen der Ermordung von 21 katholischen Gesellenvereinsmitgliedern, über die wir zur Zeit eingehend berichteten, findet jetzt in München vor dem Volksgericht ein Prozeß statt, der am Dienstag begann. Die Angeklagten sind die Angehörigen der Reichswehr: Müller, Matzowski, Grabisch und Krainer, die beschuldigt sind, sich am 6. Mai 1919 an der grausamen Tötung von 14 Mitglieder eines katholischen Gesellenvereins beteiligt zu haben, die unter dem Verdachte festgenommen worden waren, daß sie Spionagen leisteten.

Die Republik „Oesterreich“

Wien, 21. Oktober. Die Nationalversammlung nahm die Vorlage betreffend die Staatsform in zweiter und dritter Lesung an. Nach diesem Beschluß wird Oesterreich gemäß dem 21. Germainer Vertrag die Bezeichnung Republik Oesterreich tragen. Ferner wird die deutsche Staatsprache unbeschadet den den sprachlichen Minderheiten eingeräumten Rechten festgelegt. Schließlich werden die Bestimmungen der Novemberverfassung und des Märzgesetzes, wonach Oesterreich ein Bestandteil des Deutschen Reiches ist, aufgehoben. Gegen die Aenderung des Namens Oesterreich sprach der Großdeutsche Arbeiter, der auch den schmerzlichen Gefühlen der Großdeutschen über die ausdrückliche Festlegung der Auflösung der Gemeinschaft mit dem Deutschen Reich Ausdruck gab. Der Sozialdemokrat Austerlitz erklärte, der Vorschlag sei das schmerzlichste Ergebnis des Friedensvertrages. Wir wissen, daß wir, losgetrennt von unserer Mutternation,

zum Verderben verurteilt sind. Dem Gebote des Verbandes entsprechend, tilgen wir den Anstoß aus dem Geleise, aber aus unseren Herzen kann er nicht getilgt werden.

Der Kampf gegen Rußland

Die Mailänder Blätter melden die Abreise ihrer Kriegsreporter nach Nordrußland. Der „Corriere della Sera“ meldet, daß die Gesamtoffensive gegen Sowjetrußland sich in den nächsten drei Wochen entscheiden werde. „Secolo“ meldet: Der japanische Angriff auf Sowjetrußland entwickelt sich in Sibirien. Tobolsk und Irkutsk sind den Bolschewisten wieder abgenommen worden.

Birich, 21. Oktober. Der „Secolo“ meldet aus Bukarest: Die Sowjetarmee an der rumänischen Front hat die gesamte Dniestr-Linie geräumt. Die Rumänen folgen den Bolschewisten und stehen 30 Kilometer östlich des Dniestr. Vom 1.—15. Oktober meldet der rumänische Seeresbericht 8000 Gefangene und Uebergelaufene.

Helsingfors, 21. Oktober. Die Nordwestarmee besetzte den Vorort Bultowa südlich von Petersburg. Seitliche Kämpfe fanden statt zwischen der englischen Flotte und Kronstadt, sowie Krasnoj Gorka Drachbaum brennt. Die Bolschewisten halten nur die Bahnstrecke Petersburg-Bitowl. In der Richtung auf Pleskau machte die Weiße Armee Fortschritte. Die Bolschewisten zogen sich südlich des Peipussees hinter den Wolkaja-Fluß zurück.

London, 21. Oktober. Das Reutersche Bureau erfährt: Westlich Hove in Südrussland haben Kosaken eine bolschewistische Division in die Flucht geschlagen und dabei 5000 Gefangene gemacht und 27 Kanonen erbeutet. Südwestlich von Orel wurde eine feindliche Kolonne von 10 000 Mann teilweise umzingelt und fast vollständig vernichtet. Der Rest floh nach Norden. Verstärkungen von Freiwilligentruppen haben nach Kiew mit Ausnahme der westlichen und nordwestlichen Vorstädte gesäubert.

Deutschland und die Kurie

Berlin, 21. Oktober. Im Hausballsaal der Nationalversammlung erklärte der Minister des Auswärtigen, a. d. die Regierung habe das größte Interesse an der Unterhaltung guter Beziehungen zum päpstlichen Stuhle und werde in diesem Sinne handeln. Weiter teilte der Minister mit, nach einer ihm jüngst aus der Schweiz zugegangenen Meldung sei damit zu rechnen, daß bis Weihnachten der größte Teil der Gefangenen aus Frankreich zurückgeschickt sein wird.

Roske und der „Vorwärts“

Berlin, 21. Oktober. Die Redaktion des „Vorwärts“ erhielt vom Reichswehrminister am 20. Oktober folgende Zeilen: Im „Vorwärts“ vom 18. Oktober morgens ist die Verabschiedung zweier Generale in einer Form angezeit, von der ich weit abräde, wenn dort von „Aussagen“ des einen und „im großen Bogen folgend“ des anderen gesprochen wird, so muß ich es nur verurteilen, wenn in einer derartigen Weise von Männern gesprochen wird, deren Auffassungen und Wege sich von den meinen trennen, deren langjährige Friedens- und Kriegsdienste sie vor solchen Ausdrücken schützen müßten. Was den sachlichen Teil der Notiz anbelangt, so entscheidet der Reichspräsident nach Recht und Gesetz über die Verabschiedung von Offizieren. — Es handelt sich um die Generale Graf Waldersee und v. d. Goltz.

Der Wiederaufbauminister

Den Festen des Ministers für den Wiederaufbau soll Oberbürgermeister Gehler aus Nürnberg zu übernehmen entschlossen sein. Er ist einer der führenden Männer der süddeutschen Demokraten.

auch früher nicht beachtet. In den ersten Monaten nach der Umwälzung war Berlin von einer förmlichen Anzeigenplage befallen. Wie eine neue Mauerpest machten sich die fürchterlichsten Bilder und Aufrufe breit: gegen den Bolschewismus, für und gegen das Räteystem, Wahlsplakate, Karikaturen usw. Jetzt scheint man wenigstens die öffentlichen Gebäude mit diesen Greueln zu verschonen.

Noch stärker als auf der Oranienburgerstraße ist der Verkehr auf der Friedrichstraße, deren nördlichsten Teil ich überfahre. Von den vielen Fußgängern hört man nur wenig das reine Berlinerisch sprechen, dagegen viele andere Mundarten aus den verschiedensten Gauen Deutschlands. Der Fremdenstrom ist gerade jetzt unbeschwerter. Von Wohnungsnot kann man kaum noch sprechen, eher von Wohnungsleere. Die so sehr gefürchteten Zwangsunterquartierungen haben begonnen, zunächst im Westen. Bald wird wohl auch hier eine besondere Zugangsbeschränkung nötig sein. Selbst fremde Sprachen schlagen in diesem Viertel häufig an unser Ohr, zumeist sind es östliche Idiome. Die Zahl der Russen muß groß sein, das sieht man schon an den vielen russischen Zeitungen, die hier überall aushängen. Ob es überall ruhig und gern gesehene Gäste sind, die Berlin da beherbergt?

Die ruhigere Karlstraße ist durchschritten. Da öffnet sich über Wasser der Blick auf das Reichstagsgebäude. Mächtig erhebt sich der stolze Steinbau mit den vier Ecktürmen und der großen vergoldeten Kuppel. Sie sollte das Sinnbild des Reiches sein, daß die vier Königreiche übertrug und in eine höhere Einheit zusammenfaßt. Ein weches Gefühl mag jeden beschleichen, der solch stolzen Bau jetzt betrachtet als stummen Zeugen früherer Kraft und Herrlichkeit.

Doch was nützt das Sinnen über Vergangenes? Was ihm unser Herz gehören, unser klarer, kühler Kopf, unsere ganze Kraft gehören der Zukunft. Für die eigene und für die des Vaterlandes branden wir sie. Die Geschichte des Songen wie die jedes Einzelnen werden in dem stolzen Bau da drüben bestimmt. In diesem Erkennen und Wollen trete ich durch das hohe Portal. An die Arbeit!

Zur Verlobung des englischen Kronprinzen

Basel, 20. Oktober. Die „Information“ meldet aus London: Der englische Kronprinz hat sich mit der Tochter des Generalgouverneurs von Kanada, Herzogs von Devonshire, verlobt.

Nachrichten aus Sachien.

— Das Reformationsfest wird auch in diesem Jahre unverändert als gesetzlicher Feiertag begangen werden.

— Dienstunbrauchbare Militärpferde sollen nicht mehr versteigert, sondern vom Landesfiskus an pferdebefürdigte Landwirte, Gewerbetreibende und solche abgegeben werden, die im Dienste der Allgemeinheit tätig sind und denen andere Verkehrsmittel fehlen. Alle Pferdearten und Ankaufsberechtigungen verlieren mit dieser Regelung ihre Gültigkeit.

— **Rosfen, 21. Oktober.** Heute morgen ist in den hiesigen Fabrikbetrieben, in welchen seit gestern die Arbeit geruht hatte, der volle Betrieb wieder aufgenommen worden. Die schnelle Beendigung des Reichsarbeiterstreiks ist auf Verhandlungen zurückzuführen, die zwischen den hiesigen und auswärtigen Vertrauensleuten stattgefunden haben und die zu dem Ergebnis führten, daß die hiesige streikende Arbeiterschaft auf sofortige Wiederaufnahme der Arbeit hingewiesen wurde, da die Tarifverhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zurzeit im Gange sind.

Aus Dresden

— **Lebensmittelkartenbelieferung für die Stadt Dresden** siehe „Amtliche Bekanntmachungen“.

— **Reichsnotopfer und Kleinrentner.** Der Reichsfinanzminister richtete an den Verein der Kleinrentner für Dresden nachfolgendes Schreiben:

Berlin, den 14. Oktober 1919.

Wenn ich auch keine bestimmten Zusicherungen machen kann, da die endgültige Festsetzung der Reichsgelege durch die Nationalversammlung erfolgt, so möchte ich doch darauf hinweisen, daß ich bemüht bin, in den Entwurf eines Gesetzes über die einmalige Vermögensabgabe Bestimmungen aufzunehmen, die einen ausreichenden Schutz der kleineren Rentner, zumal derjenigen, die einem Erwerb nicht mehr nachgehen können, gegen steuerliche Ueberlastung bezwecken.

— **Soforganist Brendler.** In der katholischen Hofkirche finden zurzeit Organistenprüfungen für den aus seinem Amte scheidenden Hoforganisten Paul Brendler statt. Der in den Ruhestand Versetzte verläßt nach 45jähriger Amtstätigkeit seine Stellung, die er, ein Schüler Edmund Kretschmers und Gustav Merkel, zuerst als Hoforganist für die Hofkapelle unter König Johann und als Korrektor nach Professor Franz am ehemaligen Hoftheater bekleidete. Nach dem Tode Merkel wurde er zum Hoforganisten ernannt und war neben Kretschmer seit 1886 bis jetzt zum Segen und zur Erbauung der Kirchengemeinde tätig.

— **Gegen den Schmutz in allerlei Gestalt** hat ein am Sonntag in Moritzburg togender Sonntag des Hauses Mittelbach in Sächsischen Christlichen Pfadfinderbund die folgende Entschliessung einstimmig angenommen: Die beim Pfadfindergang des Hauses Mittelbach im Sächsischen christlichen Pfadfinderbund in Moritzburg versammelten Pfadfinder und Mittelbach evangelischer Jungmännervereine Sachsens erheben Einspruch gegen den Schmutz in allerlei Gestalt, wie er heute der Jugend in zahllosen Filmvorführungen, gemeinen Lügen, unsittlichen Plakaten, Schaufensterauslagen, Plakaten und Bildern geboten werden darf. Wir sind uns mit anderen Jugendverbänden darüber einig, daß es unsere Pflicht ist, die Jugend aller Stände aufzurufen zum Kampfe gegen diese am Marke unseres Volkes gehenden Zustände. Wir erwarten von der Landesregierung einen besseren Schutz jugendlicher Reinheit, denn nur eine wirklich reine und daher gesunde Jugend ist imstande, die schwere Arbeit des Wiederaufbaues unseres Vaterlandes auf sich zu nehmen. Eine ständige Erneuerung halten wir nur für möglich, wenn der Jugend wieder reine Freude an Natur und Wandern, sowie am selbstlosen Sichhinein für den Nächsten auf dem Boden der christlichen Weltanschauung gezeigt wird.

Parteinachrichten

Ortsgruppe Dresden der Sächsischen Zentrumspartei. Es sei auch an dieser Stelle nochmals auf den politischen Kursus hingewiesen, der am nächsten Montag beginnt. Die Kurie finden jeweils abend 8 Uhr im grünen Zimmer des katholischen Seelenhauses statt. Die Anmeldungen sind bis spätestens Freitag den 24. Oktober an Herrn Postsekretär Georg Jordan, Große Plauenstraße 11, 3. Stock, zu richten. Das letzte Referat über „Reichspolitik“, das noch offen war, hat Herr Regierungsrat Dr. Flügler übernommen. (Näheres siehe Anzeigenteil.)

Gemeinde- und Vereinsnachrichten

Dresden. Der III. Orden vom hl. Franziskus hat Sonntag, den 20. Oktober, nachmittags 4.5 Uhr in der Kirche des Josephinenklosters, Große Plauenstraße 10, seine Monats-Versammlung.

Reinleutersdorf. Auf Anregung des Pfarrers wurde ein Zweigverein des kath. Frauenbundes unter Vorh. der Frau Kirchschullehrer Günther begründet. — Unser eifriger Vereinsmann Hugo Goldberg ist zum Sekretär der christlichen Gewerkschaften in Reinggersdorf ernannt worden. Wir freuen uns darüber. Ad multos annos!

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hauptredakteur Paul Gehlein; für den Inzeratenteil: Peter Schröder. — Druck und Verlag der „Saxonia-Druckerei G. m. b. H.“ zu Dresden

Sächsische Zentrumspartei, Ortsgruppe Dresden

Politischer Kursus:

1. Montag, den 27. Oktober, „Staatsform und Staatsgedanken“, Referent Herr Chefredakteur Schlein;
2. Donnerstag, den 30. Oktober, „Liberalismus“, Referent: Herr Postsekretär Cholodowsky;
3. Montag, den 3. November, „Sozialdemokratie“, Referent: Herr Rechtsanwalt Dr. Hille;
4. Donnerstag, den 6. November, „Die Rechtsparteien“, Referent: Herr Friedrich Koring, Mitglied der Redaktion der „Sächsischen Volkszeitung“;
5. Montag, den 10. November, „Die Grundideen des Zentrums“, Referent: Herr Regierungssamtmann Michael von Schönberg-Roth-Schönberg;
6. Donnerstag, den 13. November, „Reichspolitik“, Referent: Herr Regierungsrat Dr. Fügler;
7. Montag, den 17. November, „Kommunalpolitik“, Referent: Herr Stadtverordneter Kaplan Engler;
8. Donnerstag, den 20. November, „Landespolitik“, Referent: Herr Dietrich von Weber, Mitglied der Redaktion der „Sächsischen Volkszeitung“.

Zur Deckung der Unkosten wird für sämtliche Vorträge eine Gebühr von 1 Mark erhoben. Die Anmeldungen sind bis spätestens 24. Oktober an Herrn Postsekretär Georg Jordan, Große Plauenische Straße 11, 3, zu richten.

Die Vorträge finden sämtlich im grünen Zimmer des katholischen Gesellenhauses abends 8 Uhr statt.

Um zahlreiche Beteiligung eruchtet

Der Vorstand der Ortsgruppe Dresden

Ziehung 5. und 6. Nov. 1919
9. Gold-Lotterie
 der Königin-Carola-Gedächtnis-Stiftung.
 Bargewinne ohne jeden Abzug

225000
25000
15000
10000

usw.

Auf je 10 aufeinanderfolgende Nummern mindestens ein Gewinn.

Los 1 Mk. Porto und Liste 45 Pf.

Zu haben beim **Hauptvertrieb Invalidendank** für Sachsen, Dresden-A., König-Johann-Straße 8. Verkaufsstellen durch Plakate kenntlich.

Bartflechte
 sowie Flechten u. Hautausschläge aller Art beseitigt sicher

Silb - Flechtensalbe
 Dose Mk. 3.50

Verf.: **Greiner Apothek., Erfurt (200)**

Erster Sächsischer Katholikentag

Zur **Schlussitzung** ladet die Mitglieder des Ortsausschusses auf

Donnerstag, 28. Oktober 1919, abends 8 Uhr

in das **Gesellenhaus, blaues Zimmer 1. Stock**, ergebenst ein

Mrg. Dr. Kaiser,
1. Vorsitzender.

Soeben erschien in 2. vermehrter mit Abbildungen versehener Auflage

Dr. med. Fitzbach Leipzig

Meine neue Lehre

von der Heilung der **Anstichungs- oder Fieberkrankheiten**, besond. der **Lungenentzündung**, der infolge seltsamer Behandlung unheilbare Menschenleben zum Opfer fallen. **Verfäme niemand**, sich bei den heute in unzähligen Fällen auftretenden Fieberkrankheiten dieses sehr empfehlenswerten Buch zu Kauf.

Preis **Mark 3.30**

Anton Schulz, Buchhdlg. Leipzig 12, Hauptmannstr. 9
Postfach 112.

Ernstgemeint!
 Gebildeter Kaufmann, kath., 34 J., verm., fr. solid, blond, mittl. Größe, wünscht auf diesem Wege die Bekanntschaft einer geb. jung. kath. Dame, musikal., die ihm eine liebevolle Gattin werden und von seiner mit ihm lebend. bejahrt. Mutter die Führung des Haushalts übernehmen will. Off. erb. u. B. G. 4460 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Heirat
 Frauen zu lernen. Bedingung: Katholisch und guten Charakter. Beamter bevorzugt. Off. mit Bild unter B. D. 4469 an die Geschäftsstelle dies. Blattes erb.

Frau

Vina Zähne

(Zitrona: Sächs. Corlett-Industrie),

Korsett-Spezialistin

für Damen

der **Dresdner Gesellschaft**
 Nur Anfertigung nach Maß und Anprobe.

Frauenärztlich sehr empfohlen

!! Bearbeitung von mitgebrachten Stoffen !!

Reparaturen schnell und billig.

Andwig-Richter-Str. 15, 1. u. 2. Etage, Leipzig

Tele. 2222

Gegenstände der christl. Kunst

in schöner Ausführung als:

Kreuzfixe in Holz geschnitten und Masse, Steh- und Hängekreuze, Heiligen-Statuen, Weihwasserbecken, Leuchter, Ampeln, Medaillen, Rosenkränze, ferner religiöse und andere Kunstblätter (los und eingerahmt), Gebetbücher, Laudate, Kalender u. a. empfiehlt

B. Gersdorf, Papierhandlung
 Kamenz i. Sa.

Einrahmung von Bildern, Ausführung von Extrabestellungen.

Velourhüte, Samthüte, Filzhüte

noch sehr preiswert, kleidsame Formen
 • • • Umpressen schnell und billigst • • •

Hutfabrik Pillnitzer Str. 19 nur 19

CARL DREIER
 WEITENBURGER STR. 38 - 40
 I. STOCK

Letzte Krüge u. Tassen in einfacher gediegener Ausführung von bestem Material sehr preiswert



Günstiges Angebot!

Nichttropfende
 helbbrennende

Baum-Kerzen
 Postpaket — 10 Kart. 112 Stück Mk. 1.-M.

Haushalt - Kerzen
 Postpaket — 10 Kart. 105 Stück 65.-M.

Wunder-Kerzen
 erstmalig wieder im freien Handel.
 Postpaket — 60 Kartons — 25.-M.
 Probeentgelt enthält von jeder Sorte 1 P. — 2. sammt 1 Z. - N. geg. Nachn.

Eis-au-Lametta
 10 50 100 Briefe

H.Br. Pietsch, Lauban.
 Vertreter überall gesucht.

„Rauchertrost“

Tabletten, das best. Mittel gegen den Rauchreiz. Tausende Anerkennungen. Unschädlich! Schachtel 2 Mk., von 6 Schachteln an portofrei

Dr. Wolf & Co., Hamburg 23 H. 176.

Tanz

Größtes Dresdner Priv.-Inst. von **Tanzl. H. Koenecke u. Töchter**

Jahrg. 2, am Altmarkt 3 (vora. Tanz d. Ditteln). Unterricht, unübertroffen Lehrmethode u. bill. Ausbild. Keine Nacht- od. Kleiderverehr. Keine Ruhe weg **Anfang Oktober**

Sonntags Honorar 25 M.,
Wochentags Honorar 8 M.,
Sonntags 35 M., Dauer 3 Monate. Einseitig und jedw. d. G. d. Anmeldungen ist er. ein.

Dresdener Lehranstalt für Musik

Direktor: Organist Paul Wald

Perenn Dresden-Neustadt Melanchthonstraße 25 Sprechst. 19-1 A.

* Fachschule für alle Zweige der Tonkunst für Beruf und Haus *

Vorbereitung und Ausbildungsschule (Grund-, Mittel-, Oberstufe) : Aufnahme von Einzel- und Vollschemern für Klavier, Orgel, Harmonium, Streich- u. Blasinstrumente, Gesang, Laute, Mandoline u. a. v. Theorie, Zusammenstellen, Musikgeschichte, Dirigierlehre, Kirchenmusik - Schüler-Orchester- und Chorklassen. Musikwissenschaftliche Vorträge, Kompositionen, Schüler-Vortragsübungen und öffentl. Aufführungen : Klavier jederzeit : Anmeldege. wochentags 8-7 Uhr

Ämtliche Bekanntmachungen

Fleischversorgung in der Stadt Dresden vom 19. bis 25. Oktober 1919.

Es erhalten auf die **Reichsfleischkarte** Reihe „K“ **Portionen über 6 Jahre** auf die Marken 1 bis 10 bis 100 g Wachsenfleisch oder Wachsenblutwurst, **Kinder bis zu 6 Jahren** auf die Marken 1 bis 5 bis 75 g Wachsenfleisch oder Wachsenblutwurst.

Der Preis beträgt bei
 Wachsenfleisch 6,20 Mark,
 Wachsenblutwurst 8,00

für das ausgewogene Pfund, bei Abgabe ganzer Kilobäden mit einem Inhalte von ungefähr 850 g Wachsenfleisch 9,60 Mk., Wachsenblutwurst 5,70 Mk.

Ein Anspruch auf Zuteilung einer bestimmten Sorte besteht nicht, die Fleischer sind jedoch verpflichtet, für eine möglichst gleichmäßige Belieferung ihrer Kunden zu sorgen.

Dresden, am 21. Oktober 1919. **Der Rat zu Dresden.**

Verkehr mit Zucker

Nach § 5 Absatz 1 der Bekanntmachung vom 23. August 1919 über den Verkehr mit Zucker muß die Abholung des Zuckers auf die Zuckerkarten, Bezugskarten und Ergänzungszuckerkarten für den Bezugszeitraum vom 9. September bis 31. Oktober 1919 beim Kleinhändler reiflos bis zum 20. Oktober 1919 erfolgt sein, da den Kleinhändlern der Verkauf von Zucker vom 21. bis 31. Oktober 1919, abgesehen von der Belieferung der Militärkranken- und Wundschmerz-Zuckerkarten, unterlag ist.

Am die Versorgung

- a. der nach dem 20. Oktober 1919 von außersächsischen Orten Zuziehenden,
- b. der Reisenden, die nach dem 20. Oktober 1919 Zucker-Laufkarten zur Einlösung vorlegen,
- c. der nach dem 20. Oktober 1919 entlassenen Militärpersonen, d. der nach dem 20. Oktober 1919 Geborenen

mit Zucker für die Zeit bis zum 31. Oktober 1919 sicherzustellen, wird für das Gebiet der Stadt Dresden folgendes bestimmt:

§ 1. Für die vorerwähnten Personengruppen werden auf die Zeit vom 21. bis 31. Oktober 1919 von der zuständigen Stadtbezirks-Inspektion ausschließlich Ergänzungszuckerkarten auszugeben. Sie lauten auf die Zeit vom 15. bis 31. Oktober 1919 und sind auf der Rückseite mit dem Vermerk „sicher zu liefern“ und dem Stempel der Stadtbezirks-Inspektion versehen. Ergänzungszuckerkarten dieser Art sind durch die Steinhandels-Geschäfte auch in der Zeit vom 21. bis 31. Oktober 1919 zu beliefern.

§ 2. Zwei erhaltene Zuckerkarten werden nach der Bundesratsverordnung vom 17. Oktober 1917 bestraft.

Dresden, am 21. Oktober 1919 **Der Rat zu Dresden.**

Krankenmehl und Krankengebäck

Für das Gebiet des Gemeindeverbands Dresden und Umgebung wird folgendes bestimmt:

§ 1. Zur Abgabe an Kranke und zur Herstellung von Krankengebäck wird Krank-Weizenmehl bereitgestellt.

§ 2. Das Krankengebäck darf nur

- a. in Semmeln von 90 g, die zwei- oder dreiteilig zu formen sind,
- b. in Broten von 450 g oder dem Mehrfachen dieses Gewichts hergestellt werden.

Das zu a und b vorgeschriebene Gewicht muß beim Ausbacken im Durchschnitt vorhanden sein. Aus 700 g Krank-Weizenmehl sind 900 g Krankengebäck herzustellen.

Das Krankengebäck darf erst 12 Stunden nach dem Ausbacken verkauft werden.

§ 3. Bei der Abgabe an die Verbraucher dürfen höchstens folgende Preise gefordert werden:

für 500 g Krank-Weizenmehl 31.-M.,
 für 600 g Krank-Weizenmehl 44.-M.,
 für 700 g Krank-Weizenmehl 61.-M.,

für das Krankengebäck in § 2 unter a 11.-M.,
 für das Krankengebäck in § 2 unter b 45.-M. für je 450 g.

Bei Diamantgebäck kann der Preis für das Krankengebäck in § 2 unter a bis auf 8.-M. erhöht werden.

§ 4. Mit dem Handel mit Krank-Weizenmehl sowie mit der Herstellung und Abgabe von Krankengebäck dürfen sich nur die auf der Anlage 1*) erwähnten Bäckereibetriebe befassen.

§ 5. Der Bezug und die Abgabe von Krank-Weizenmehl und Krankengebäck ist an die Abgabe von Gemeindeverbands-Protokollen für Kranke gebunden.

*) Veröffentlicht mit Bekanntmachungen vom 10. Juli und 18. August 1919.

Die für diesen Zweck bestimmten Gemeindeverbands-Protokollen sind mit dem Ausdruck „für Kranke“ versehen. Die Höhe der Bezugsberechtigten ist den Karten aufgedruckt. Sie werden nur verabfolgt

- 1) an Kranke
- a. in dringlichen Fällen bis zur Dauer von 7 Tagen gegen Anweisung eines approbierten Arztes,
- b) auf länger als 7 Tage gegen Bewilligungsschreiben der Amtshauptmannschaft — in Dresden des städtischen Lebensmittelamtes, Abteilung für Krankenernährung — auf die im Bewilligungsschreiben angegebene Zeit;
- 2) an Wöchnerinnen bis zur Dauer von acht Wochen gegen Anweisung eines approbierten Arztes oder einer Hebammen.

Die ärztlichen Anweisungen zu 1a und 2 müssen außer der eigenhändigen Unterschrift des Arztes dessen Stempel aufweisen oder auf Rezept-Vordruck geschrieben sein. Die Hebammen müssen sich bei der Ausstellung der Anweisungen zu 2 eines Vordruckes bedienen, den sie auf der für sie zuständigen Amtshauptmannschaft — in Dresden beim städtischen Lebensmittelamt, Abteilung für Krankenernährung, Am Markt 12, II. — zu entnehmen haben.

Die Anweisungen zu 2 dürfen nur für Wöchnerinnen und für diese auch nur dann ausgestellt werden, wenn deren Zustand der Genesung von anderen Nahrung und Schlaf bedroht ist. Ihre Gültigkeit ist auf bestimmte Zeit zu beschränken, die die Dauer von acht Wochen für jeden einzelnen Fall nicht überschreiten darf.

Die Anträge auf Ausstellung eines amtlichen Bewilligungsschreibens zu 1b sind vom behandelnden Arzte mit dem vorgeschriebenen Vordruck bei der zuständigen Amtshauptmannschaft — in Dresden beim städtischen Lebensmittelamt, Abteilung für Krankenernährung, Am Markt 12, II. — zu stellen.

§ 6. Die zum Bezug von Krank-Weizenmehl oder Krankengebäck nach § 5 berechtigten Personen haben den ihnen von einem approbierten Arzte oder einer Hebamme oder der Amtshauptmannschaft bez dem städtischen Lebensmittelamt ausgestellten Berechtigungsnachweis bei der Ortsbehörde — in Dresden bei dem zuständigen Bezirksamt — abzugeben. Sie erhalten hiergegen auf die aus dem Berechtigungsnachweis ersichtliche Zeit die allgemeinen Gemeindeverbands-Protokollen in Gemeindeverbands-Protokollen für Kranke umgetauscht.

§ 7. Die zum Handel mit Krank-Weizenmehl sowie zur Herstellung und Abgabe von Krankengebäck zugelassenen Bäckereibetriebe haben die belieferten Gemeindeverbands-Protokollen für Kranke nach den für die allgemeinen Gemeindeverbands-Protokollen geltenden Bestimmungen zu entwerfen und beim zuständigen Bezirksamt ir. d. zureichen.

Der Bezirksamt stellt einen Bezugsschein über Krank-Weizenmehl aus. Hierbei werden die belieferten Gemeindeverbands-Protokollen für Kranke mit den d. v. h. sie auszuweisenden Mengen ausgerechnet. Die Ertragsgewinnung für Ertragsausgleich und Tara hat nach den jeweils geltenden Bestimmungen zu erfolgen.

§ 8. Bei der Abgabe durch die Weizenverteilungsgesellschaft m. b. H., Dresden, Prager Straße 54, IV., wird der Preis für das Krank-Weizenmehl auf 68.-M. 60.-M. für 100 kg netto für netto ab Lager oder Wagon einschließlich Sach festgestellt.

Der Gesamtzuschlag an Steuern und Spesen für die Abgabe an Bäder und Kleinhandelsbetriebe im Zwischenhandel darf einschließlich Kreditgewinn nicht über 10% betragen. Der Zuschlag durch Gewähr bis zum Hause des Käufers den Höchstpreis von 4.-M. 20.-M. für 100 kg, bei Zuführung mit der Bahn bis zur Bahnhofsstation des Verkäufers 3.-M. 70.-M. für 100 kg nicht übersteigen. Die Kosten der Bahnfracht treffen den Käufer.

§ 9. Diese Bekanntmachung tritt mit dem 23. Oktober 1919 in Kraft.

Mit dem gleichen Zeitpunkte werden die bisherigen Bestimmungen über Krank-Weizenmehl und Krankengebäck im Gemeindeverband Dresden und Umgebung aufgehoben. Die mit Bekanntmachungen vom 10. Juli und 18. August 1919 veröffentlichten Bäckereibetriebe bleiben für den Handel mit Krank-Weizenmehl sowie für die Herstellung und Abgabe von Krankengebäck bis auf weiteres zugelassen.

§ 10. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieser Bekanntmachung werden nach §§ 80 und 81 der Reichsgerichtsordnung für die Straftaten vom 18. Juni 1919 mit Gefängnis bis zu fünf Jahren und mit Geldstrafe bis zu 100000.-M. oder mit einer dieser Strafen bestraft. Neben Gefängnis kann auf Verzicht der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

Die gleiche Strafe trifft denjenigen, der sich eine größere Menge Gemeindeverbands-Protokollen für Kranke verschafft, als ihm nach dieser Bekanntmachung zusteht. Im übrigen haben die weiteren Bestimmungen in § 10 Absatz 2 und 3 der Bekanntmachung des Gemeindeverbands Dresden und Umgebung vom 22. Oktober 1919 über die Prot- und Mehlversorgung im Jahre 1919/20 Anwendung zu finden.

Dresden, am 22. Oktober 1919.
Der Gemeindeverband Dresden und Umgebung.

Das Ende des bolschewistischen Rußland

Von unserem Berliner Vertreter

Es ist nicht so ganz einfach, sich ein Bild über die wirkliche Lage in Rußland zu machen. Es weiß eigentlich niemand so recht, für was oder gegen wen die mannigfachen „Armeen“, die sich im Norden, Süden und Westen Rußlands noch befinden, ihre Stoßkraft richten. Im Grunde handelt es sich für jede einzelne Armee um die Gewinnung der Macht. Nur ist sich kaum ein Heereskörper klar darüber, welcher Machtbesitz ihm als der vorteilhaftere erscheint. Im Effekt kämpft ein Heerführer gegen den anderen, in den Zielen ist eine verwirrende Planlosigkeit zu beobachten. Und doch ist der Kern, der sich aus all diesen augenblicklichen Kampfhandlungen in Rußland herauskristallisiert, immer deutlicher zu erkennen. Es handelt sich um nichts anderes, als daß die bolschewistische Herrschaft in Rußland ihrem Ende entgegengeht.

„Das Ende eines Wahnes“ nennt der „Vorwärts“ diese russische „Tragödie“. Das bolschewistische Regimentswahn in Politik und Wirtschaftlichen ist ja schon längst zusammengebrochen. Wenn es sich in Rußland so überraschend lange halten konnte, so lag das daran, daß die russische Kultur in politischen und wirtschaftlichen Dingen noch außerordentlich unentwickelt war. Rußland und sein Volk unter der früheren Zarenherrschaft völlig entwertet wurde und daß, der mehrjährige Krieg mit seinen jurstbaren Niederlagen, seinen entsetzlichen Opfern an Gut und Blut diesem Volke den letzten Rest seiner Widerstandskraft nahm. Für den Augenblick bedeutete der Bolschewismus für die Massen eine Erlösung, weil er mit den Deutschen Frieden schloß und damit das Land von einem entsetzlichen Druck befreite. Als der Bolschewismus dann daran ging, seinen Ideen und Zielen praktische Gestalt zu geben, und als dann die neu sich regende Lebenskraft des russischen Volkes durch blutigen Terror niedergeworfen wurde, da gab es wieder ein Aufwachen, das aber wiederum von den Bolschewisten mit brutaler Gewalt niedergeworfen wurde. Man kann nicht leugnen, daß im Bolschewismus Ideen stecken, über die sich reden lassen könnte. Die idealistische Uebertreibung einerseits aber und die blutigen Gewaltakte andererseits haben dieses System nicht nur in Rußland, sondern vor der ganzen Welt in Mißkredit gebracht. Dazu kam, daß der Bolschewismus einen Tummelplatz für die niedrigsten Verbrechen abgab, daß die Jüggellosigkeit und die Zustlosigkeit durch ihn gefördert wurden und daß dadurch Hunderttausende einem Zwangs unterworfen wurden, den sie nur mit Knirschen ertrugen. Der Bolschewismus begeht den Grundfehler, den alle reformerisch sich gebärdenden Bewegungen der Geschichte in ihren ersten Kindertagen begangen haben: er verkennt die menschliche Natur, oder vielmehr, er hat keine Ahnung von den Triebfedern menschlichen Tuns und Lassens. Eine Revolution siegt nur dann, wenn sie vorbereitet ist und auch dann, wenn sie gesiegt hat, ist noch nicht alles mit einem Schlag neu. Die Wahrheit dieser Worte erleben wir seit einem Jahre Tag für Tag und Stunde für Stunde an unserem eigenen Leibe. Die Welt kann nicht anders werden, wenn nicht die Menschen zuvor anders geworden sind. Wenn das schon für politische Umwälzungen gilt, um wieviel mehr bei Revolutionen wirtschaftlicher Natur, bei Umwälzungen, welche die Existenz- und Mogenfragen Hunderttausender und Millionen betreffen. Wir erleben es

heute: „den Tag für Tag, daß man von breiten Schichten sagen wird, die Staatsform, unter welcher wir leben, ist uns ganz gleich, wenn wir nur zu essen haben. Diese rein materielle Auffassung vom Lebenszweck hat sich auch in unserer Volks mehr eingenistet, als man nach der bisherigen geistigen Entwicklung annehmen konnte. Wir erblicken aber auch hier eine Folge der seelischen und körperlichen Entwertung innerhalb der verflochtenen Kriegs- und Revolutionsjahre.“

St. Benno-Kalender.

Der Sächsische Volkskalender für das Jahr 1920, der St. Benno-Kalender — 70. Jahrgang — wird in den letzten Tagen des Oktober erscheinen und enthält u. a. folgende Beiträge:

- St. Johannes von E. Wels.
- Aus den Anfängen der Leipzig-Dresdener Eisenbahn von Otto Zolotow.
- In seiner Weise, Novelle von Melati von Java.
- Das Märchen von der Liebe von Wilhelm Lektor.
- Die Schwiegermutter, Erzählung von Joh. Vincenz Brunau.
- Der Lehnsuhl von Ernst Alfred Neumann.
- Die Großstadt von Frau Anna Heister-Jäger.
- Was der Ferkelreiter erzählt, aus einem australischen Tagebuche von Hermann Weber.
- Sommerfrische von Hans Habermann.
- Jahresrückschau von Chefredakteur Paul S. Klein.
- Der Preis des Benno-Kalenders beträgt Mark 2,—, im Buchhandel Mark 2.20. Mit Rücksicht auf die ungeheuren Lohnerhöhungen und die riesigen Papierpreise, mußte auch der Benno-Kalender in diesem Jahre eine Erhöhung erfahren. Wir dürfen wohl aber annehmen, daß der Absatz dieses beliebten Volkskalenders, der auch diesmal wieder recht reichhaltig ist, nicht darunter leidet. Wir ersuchen alle Freunde des Benno-Kalenders eifrig dafür zu werben, daß er überall im katholischen Volke verbreitet wird.
- Bestellungen bitten wir schon jetzt an die Saxonia-Verlagsdruckerei G. m. b. H., Dresden-N. 16, Helldorfstr. 46, richten zu wollen.

Daß die Bolschewisten Rußlands an den menschlichen Dingen vorbeigehen zu können glaubten, daß sie eine solche riesige wirtschaftliche Revolution, wie sie die bolschewistische Praxis herbeigeführt hat, in die Tat umzusetzen verurteilt, ehe noch die Voraussetzungen bei den Menschen selbst geschaffen waren, daran ging der Bolschewismus zugrunde. Es mußte ein Experiment bleiben, die Wirtschaftswerte, die Produktions- und Arbeitskraft und schließlich auch die Menschen zu kommunistieren. Mit Waffengewalt suchte man

die eigene Unfähigkeit und das Eingeständnis des Zusammenbruchs zu verhindern und man beschleunigte nur das Ende. Nicht nur über Rußland haben die Bolschewisten Unglück gebracht, sondern über die ganze Welt. Das ungarische Volk hat die Uebertragung der russischen Lehre bitter büßen müssen, auch wir in Deutschland haben in der Münchener Räteherrschaft einen Vorgeschmack dieses Wahnsinn erhalten. Das geistige Gift der bolschewistischen Ideen aber freit noch im Blute Deutschlands, und die Lebenszellen der anderen Völker sind schon von ihm durchdrungen. Eine Ernüchterung könnte nur eintreten, wenn die russische Bolschewistenherrschaft, die in Reinkultur gezeitigt war und die seit Bestehen der Welt den ersten großartigen Versuch der Uebertragung solcher Ideen auf das Wirtschaftsleben eines ganzen Volkes darstellt, zusammenbricht. Es ist ein tragisches Geschick, in dem sich aber untrüglich die Rache der Geschichte offenbart, daß das russische bolschewistische System, das sich nur mit Waffengewalt aufrecht erhalten konnte, nun durch die Gewalt der Waffen niedergeworfen wird.

Mit dem Ende der russischen Bolschewistenmacht, das bevorsteht, erwachen für Deutschland ganz besondere Aufgaben. Der Weg nach dem Osten, der uns lange genau versperrt war, wird frei! Es sind nicht nur wirtschaftliche Gründe, die uns das untrüglich befehlensmäßige Vorgehen Rußlands und Deutschlands wünschenswert machen. Wir haben an dieser Stelle mehrfach zum Ausdruck gebracht, daß wir gewünscht hätten, daß unsere deutsche Regierung, natürlich unter dem Vorbehalt der gegenseitigen Nichteinmischung in die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse der beiderseitigen Länder und Völker, auch mit dem Rußland der Sowjets Verbindungen geknüpft hätte. Wir würden dadurch nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch besser stehen, als das heute der Fall ist. Gerade die politische Seite ist bei dem, was augenblicklich in Rußland vorgeht, die weitaus wichtigere. Jetzt gilt es die deutschen Interessen in Rußland zu wahren, jetzt gilt es insbesondere mit dem neuen Rußland so reich wie möglich in enge Wechselbeziehungen zu kommen. Wir sehen, daß die Entente augenblicklich alles daran setzt, um dieses von den Bolschewisten befreite Rußland unter ihren Einfluß und ihre Kontrolle zu bekommen. Dieser schwereren Gefahr gilt es mit fester Lafrakt und mit Entschlossenheit und Energie vorzubeugen.

Das neue Gesicht der Mittelstands-Bewegung

Die neue Mittelstandsbewegung unterscheidet sich von der früheren, d. h. von der in der Vorkriegszeit üblichen, in mehrfacher Hinsicht. An die Stelle der fortgesetzten Forderungen an die Staatsgewalt ist eine kraftvolle Betonung der Selbsthilfe in den Berufsorganisationen getreten. Man hat in den weitesten Kreisen des Mittelstandes endlich erkannt, daß die Staatshilfe höchstens eine Ergänzung der organisierten Selbsthilfe bringen kann. Letztere ist zugleich Voraussetzung und Maßstab der tatsächlichen Unterfristung. So ist es z. B. in den Fragen der Rohstoff- und Arbeitsbeschaffung, des Kreditwesens, der Rohwuchsergiebung, der tatsächlichen Erleichterung des Berufsstandes usw. In allen diesen Dingen muß der Mittelstand durch seine örtlichen und fachlichen Organisationen zunächst die eigene Kraft reitlos einsetzen und nach einem zielbaren Plan arbeiten. So

den tun und den Lohn ihn immer gleich bar auszahlen. Aber es freute ihn diesmal, das so aufzufassen; er glaubte, er habe das Recht, was ihm bequeen, aufzufassen, wie es ihm am wohlsten tue, sein Gemüt am meisten stärke, also je fröhlicher, desto besser. Er wußte wohl, daß gar viele höh-nisch ihn anlachten würden, wenn er ihnen die Sache erzählte, als hätte Gott sich ihm eigens geoffenbart und ihn gestärkt; aber er glaubte, weil sie das Recht zum Lachen hätten, hätte er das Recht, Gottes Segen zu erkennen in allen Dingen und daran sich zu erbauen. Und wie sie das Recht hätten, um seines frommen Sinnes willen ihn anzulachen, habe er das Recht, von ganzem Herzen sie zu bedauern, daß alles ihnen bloßer Zufall sei, daß sie des trostlosen Glaubens seien, sie seien nichts, als Rohre im Sumpf, aufs Ungefähr von jeglichen Wind hin und her getrieben. Als er heimkam so früh, wäre Breneli fast ob ihm erschrocken, denn wenn es mit rechten Dingen zugegangen, könnte er noch nicht schon wieder da ein, meinte es. Als es nun den Verlauf hörte, hatte es große Freude; denn es nahm die Sache gerade wie Uli, zu großer Erbauung und zur Stärkung im Vertrauen, daß am Ende alles zum Besten sich wenden werde. Diese Stärkung hatten sie aber auch sehr nötig.

20. Kapitel

Zoggeli erlebt auch was und was Altes; daß, was einer sät, er auch ernten muß.

Zoggeli ließ eines Abends Breneli hinüberrufen. Es müsse ihm da etwas lesen, sagte er; er möge Brille nehmen, welche er wolle, so könne er mehr draus machen; er ver-siehe sich gar nicht auf die neue Schrift, welche aufkame, man sehe es allem an, wie der Gunde abnehme und bald keiner mehr sei. Breneli verzog sich, wie es schien, besser darauf, denn es ward bloß, los einmal las vorimal, sagte endlich: „Das ist kaum, das kann nicht sein.“ „Was nicht,“ sagte Zoggeli ungeduldig, „was nicht? Sag es doch und stürme nicht.“ „Vetter, da steht, Jh: hättet Eititz Mann eine Schrift gegeben, gut für 15.000 Taler; die habe er eingeseht oder versilbert, und jetzt wolle man das Geld.“ Zoggeli beehrte mit Breneli gräßlich auf, es könne nichts

Uli der Bäcker

Von Jeremias Gotthelf

(64. Fortsetzung.)

Als sie hinunter kamen, hörten sie großen Streit. Ein Jude hatte Uli Kübe abgelöst und wollte mit ihnen aus dem Stalle, um draußen bei Licht sie besser beschauen zu können, als drinnen im finsternen Stall, wie er sagte. Der Stallknecht wollte es nicht geziehen lassen, bis der da sei, welcher sie ihm übergeben. Er sei verantwortlich dafür und lasse nicht jeden Schelm aus dem Stalle nehmen, was ihm beliebt, da käme er fauler an.

Als Uli kam, hingen sie an ihm wie Kletten. „Wie teuer, Bauer?“ frug einer. „Sind magere Kübe,“ sagte ein anderer; „Nur die ist kein Kauf,“ ein dritter; ein vierter wollte Uli Begleiter, der unterdessen die Kübe unterjuchte, von demselben wegzagen. Sie seien mit dem Manne im Handel, sagte er; die Kübe gingen ihn also nichts an; er solle gehn; das sei keine Manier, zwischen einen Handel zu kommen. „Nun, Bauer, was willst du für die Kübe?“ Doch beide, Uli und der andere, waren nicht zum ersten Male auf einem Markte. Uli schätzte die Kübe nicht, der andere ließ sich nicht stören, und als er fertig war, befahl Uli dem Stallknecht, die Kübe wieder anzubinden; vorläufig gingen sie niemanden was an als ihn, und beide verließen den Stall, um das Geisnatter sich nicht kümmern. Gut! die Juden ihnen nach, forttraten sich alsbald in zwei Hälften: die eine rühtte zu Händen des Verkäufers die Tiere, die andere machte zugunsten der Käufer die Kübe runter, daß man hätte glauben sollen, es seien zwei miserable Biegen, welche noch dazu kein gesundes Haar am Leibe hätten. Da der Handel ihnen einstweilen gefehlt, zielten sie jetzt nach Schmutzgeld, und zwar hartnäckig, so daß der fremde Mann, der in dem Hause bekannt schien, Uli in ein besonderes Zimmer winkte, wohin denn doch die Juden nicht nachkamen.

Sier wurden sie wirklich Handels alsbald einig. Mit schönem Gelde zahlte der Käufer aus, legte noch einen blauen Taler als Trintgeld für die Frau zu und sagte, wenn

er diesmal gut versorget sei, so solle es nicht das letzte mal sein, daß sie miteinander handelten. Er hätte ein großes Hauswesen, müsse viel ändern und sei froh, ohne viel Gel-lüsse aus verforter Hand seine Ware zu kaufen. Da es Uli Wunder nahm, wer der Mann gewesen, der ihm nichts begegnet war, so sagte ihm der andere, er sei ein Wehger, der aber das Geschäft nur noch für seine Freunde treibe; nötig hätte er es nicht mehr. Er sei ein wenig wunderlich, aber ein guter Mann; sie seien gute Freunde, und wenn einer dem anderen dienen könne, so spore es keiner. Diese Auskunft setzte Uli über alles, was ihm dunkel war, ins Klare. Er dachte, solche Wunderlichkeit, die einem Freunde zehn Taler abnimmt und sie einem Fremden in die Tasche jagt, möchte er alle Tage erleben.

Es mögen von selbstem Markte wahrlich wenig fröhlicher aus gutem Grunde heimgekehrt sein als Uli. Von Märkten kehrt freilich gar mancher frohgemut heim, jauchzt das Land voll, tut, als sei er nun Haus oben im Dorfe. Aber das ganze Glück kommt aus dem Weingrunde; in der verdunstet, wird das Gemüt zu einer jämmerlichen Pfütze, über welcher, wie ein sinkender Nebel, eine elende Stimmung schwebt, welche das Publikum mit dem Ausdruck Stagenjammer bezeichnet. Nun, der geht in einem oder zwei Tagen vorüber; aber mancher trägt einen Stagenjammer im Gewissen davon, und der geht nicht vorüber, regt sich immer neu, und wenn er auch vergangen, besonders bei schönem Wetter, kehrt er doch zurück, wenn es donnert. Und mancher und manche trägt das Gift heim, welches ihr Lebensglück für ihre ganze Lebenszeit zerstört und vielleicht noch hinüber ins Jenseits wirkt.

Uli freute sich nicht bloß der zehn Taler wegen, sondern als er im Heimweg das Vergangene überdachte, fiel es ihm ein, der Mann habe ihm deswegen zehn Taler mehr zugesprochen, weil er ehrlich sein und Punktum bei der Wahrheit habe bleiben wollen; den Mann aber habe ihm recht eigentlich Gott gesandt, um ihm Freude über seine Umkehr zu bezeugen und zum Zeichen, daß Ehrlichkeit immerhin die größte Klugheit sei. Uli war weit entfernt, zu glauben, nun müsse und werde Gott ihm allemal, wenn Ehrlichkeit die Versuchung überwinde, ein besonderes Bei-

verrichtet er wahrhaft aufbauende Arbeit im Sinne der Wiederaufrichtung unseres schwergeprüften Vaterlandes.

Ein weiteres Kennzeichen der Mittelstandsbewegung ist ihre parteipolitische Neutralität. In der berufständischen Gemeinschaftsarbeit sollen alle Berufsangehörigen mitarbeiten zur Hebung der beruflichen Tüchtigkeit und des beruflichen Ansehens.

Die organische Eingliederung der berufständischen Vertretungen in die Parteiorganisation ist allerdings noch ein ungelöstes Problem. Die westfälische Zentrumpartei hatte schon vor dem Kriege durch die Bildung besonderer Ausschüsse für die verschiedenen Berufe zu lösen gesucht.

Wie diese Gemeinschaftsarbeit beschaffen sein muß und was die politischen Kräfte dabei leisten können, das hat neuerdings der Volksverein in seinen Schriften gezeigt. Er hat zu den größeren Arbeiten, die er im Laufe dieses Jahres veröffentlicht hat, zwei neue erscheinen lassen.

Die Entwicklung im linken Lager

Einen eigenartigen Wettlauf um die Gunst der Massen sehen wir seit einiger Zeit im radikalen Lager sich vollziehen. Die Unabhängigen liebäugeln schon lange mit den Kommunisten, die ihrerseits den politisch ungeschulten, aber als Sturmtrupp deshalb um so besser geeigneten Arbeitermassen schmeicheln.

Nun aber haben auch die Kommunisten nicht mehr das Privileg, die Radikalsten zu sein, für sich. Links von diesen hat sich eine neue überradikale Gruppe gebildet, die auf nichts geringeres als den anarcho-syndikalistischen Umsturz mit anarcho-syndikalistischen Mitteln hinstrebt.



Unermüdlich



muß die Werbearbeit für die „Sächsische Volkszeitung“ fortgeführt werden. Beraten Sie sich bitte bei Ihren Einkäufen auf die Inserate in der „Sächsischen Volkszeitung“! Verlangen Sie die „Sächsische Volkszeitung“ stets auf den Bahnhöfen und in den Gasthäusern!



Die links von den Kommunisten sich stellenden radikalen Elemente haben sich nunmehr ebenfalls zu einer eigenen Gruppe zusammengeschlossen. Sie nennen dieselbe „Allgemeine Arbeiterunion“. Sie wollen die Errichtung der proletarischen Wirtschaft und damit den proletarischen Staat.

Schon daraus mag man erkennen, welchen Zuständen wir entgegenstreben, wenn der Versuch gemacht werden sollte, die politischen und wirtschaftlichen Ziele einer solchen Organisation durchzusetzen.

Revolutionen haben immer an der linken Ecke geendet! Dieser alte geschichtliche Erfahrungssatz bestätigt sich jetzt wieder. Mit Revolutionen wird nun einmal eine schiefe Ebene betreten, auf der es nur ein Abgleiten gibt.

Gemeinde- und Vereinsnachrichten

Leipzig. Am Sonntag, den 19. Oktober, fand in der Turnhalle der kath. Schule in Leipzig-Gralla eine Elternversammlung statt. Der Vorsitzende des Elternrates gab nach der Begrüßung der Anwesenden einen kurzen Überblick über die Entwicklung der Elternorganisation in Sachsen und forderte dann die Eltern zur eifrigen Mitarbeit in der Schulleitung auf.

Kunst, Wissenschaft und Vorträge

Das Problem des Kunstfilms. Unter diesem Titel veranstaltet die G. f. g. m. b. H., Dresden, einen Filmvortrag mit besonderer Zuweisung zu diesem Zwecke hergestellten künstlerischen Film-Aufnahmen. Die Bilder bringen nur Kunstwerte, und wurden von ersten Künstlern gelegentlich einer besonderen Vorführung auch als Kunstbilder anerkannt.

Geschriebenes lesen und wollte ihn zum Besten halten. Man ließ ihn kommen. Mit großer Not und vielen Unstabilitäten brachte derselbe ungefähr das Gleiche heraus. Das sei ein abgeredet Spiel, sagte Joggeli; um solche Sachen ihm abzulesen, hätten sie nicht gebraucht zu kommen.

Einige Tage darauf kam Elfi daher und zwar zu Fuß in einem schrecklichen Anzuge, heulend und schreiend. Es suchte den Mann, der war verloren gegangen. Er hatte eine kleine Reise vorgegeben; nun war er seit vierzehn Tagen fort, niemand wußte wohin.

Da kam Johannes daher gefahren. Er hatte auch vernommen, der Schwager sei zum Teufel und zwar mit Hunderttausend Gulden vom Vater. Man kann denken, wie der schreie und tobte. Joggeli wollte nichts von allem wissen und das kam Elfi zu statten.

Lochermann fort sei; er werde nur dem Gehul ein wenig aus dem Wege gegangen sein. Der Alte sei ein Kind, brüllte Johannes den Ali an, man könne kein vernünftiges Wort mehr aus ihm herausbringen.

Es war Johannes allerdings nicht wohl bei der Sache, und er hatte Ursache dazu; was der Post an sich selbstem weih, trauet er der Geiß. Er ließ anspannen und fuhr dem Gerüchte nach. Das ist ein Ding, welches oft weit schwerer ist, als das Verfolgen eines flüchtigen Hirsches durch amerikanischen Urwald.

hatte ihm einmal der Spigbube das Papier als Postschein untergeschoben, nachdem er ihm früher einige Postscheine über Bäcklein, welche durch seine Vermittlung Joggeli bekommen, hatte unterschreiben lassen. Wenigstens hatte die Schrift Ähnlichkeit mit einem solchen Postschein, und Joggeli hatte schwache Augen, einen schwachen Sinn und war sein Lebtag kein Held im Geschriebenen gewesen.

(Fortsetzung folgt.)